

Herrn Bürgermeister  
Dr. Franz Dobusch  
Hauptplatz 1  
4041 Linz

Dringlichkeitsantrag gem §§ 12 iVm 18 Abs 5 StL idgF betreffend:

**Resolution an den Sozialreferenten des Landes OÖ bezüglich  
Kein Bleiberecht für Verbrecher**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Sozialreferent des Landes Oberösterreich, LH-Stv. Josef Ackerl, hat laut aktuellen Medienberichten für ein „humanitäres Aufenthaltsrecht“ zu Gunsten eines Serienverbrechers, der in 31 Fällen rechtskräftig verurteilt wurde, interveniert.

Aufgrund der unzähligen Straftaten, die von Raub und Körperverletzung bis zu versuchter Vergewaltigung und Missbrauch von Minderjährigen reichen, stellt die genannte Person nachweislich ein großes Sicherheitsrisiko für unsere Bevölkerung dar. Deshalb wurde bereits 2008 eine Aufenthaltsbewilligung wegen der zahlreichen strafrechtlichen Verurteilungen abgelehnt.

Anstatt potentielle Opfer vor Straftaten zu schützen und Maßnahmen für mehr Sicherheit zu setzen, verharmlost der oö. Sozialreferent offensichtlich Seriangewaltverbrecher und sprach sich in einem persönlichen Schreiben an das Innenministerium für eine neuerliche Überprüfung des Ansuchens auf humanitäres Bleiberecht, in Hoffnung auf eine positive Lösung, aus.

Zum Schutz der Bevölkerung stellen wir in diesem Zusammenhang folgenden Antrag:

**Der Gemeinderat der Stadt Linz beschließe folgende**

**Resolution an den Sozialreferenten des Landes OÖ:**

**„Der Gemeinderat der Stadt Linz ersucht den Sozialreferenten der Oberösterreichischen Landesregierung, künftig von Interventionen für ein Bleiberecht zu Gunsten von Verbrechern Abstand zu nehmen.“**

Wir bitten darum, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und ihn in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 22.04.2010 aufzunehmen.

**Berichterstatter: StR Detlef Wimmer**

Linz, am 21.04.2010